



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-xxxx

Antrag öffentlich

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Hauptausschuss	14.07.2016

Keine Vertreibung von Obdachlosen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Am 9. Juni 2016 erfolgte die polizeiliche Räumung und die damit einhergehende Vertreibung von wohnungslosen Menschen, die in der Parkanlage am Nobistor lebten.

Nach Auskunft des Bezirksamtes soll zur dauerhaften Sicherung der Parkanlage ohne Obdachlose eine „Parkpatrouille“ eingesetzt werden. Hierzu wurde der Beschäftigungsträger Nutzmüll e.V. angefragt. Möglicherweise wurden auch entsprechende Vereinbarungen getroffen. Der Einsatz von Ein-Euro-Jobber_innen verhindert die Schaffung und Erhaltung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten und birgt gleichzeitig die Gefahr einer Eskalation vor Ort.

Bereits die Vertreibung von Menschen, die einem Teil dieser Gesellschaft nicht genehm zu sein scheinen, verletzt das Sozialstaatsgebot, das als Ewigkeitsgebot aus dem Grundgesetz hervorgeht. Denn diesen Menschen werden kein adäquater Wohnraum und die Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft geboten. Es verletzt darüber hinaus auch die Würde von Menschen. Laut Presseberichten handelt es sich bei diesen Menschen überwiegend um arbeitssuchende Wanderarbeiter aus Südosteuropa, die als Tagelöhner ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis, also auch weit unter Mindestlohn, sich hier verdingen müssen, und keine Chance haben, eine Wohnung auf dem Wohnungsmarkt zu finden.

Der Hauptausschuss beschließt stellvertretend für die Bezirksversammlung:

- 1. die BASFI aufzufordern, diesen Menschen angemessene Unterkünfte mit einer Meldeadresse zur Verfügung zu stellen, wie dies in anderen Fällen, z.B. Wildwuchs e.V., geschehen ist.**
- 2. das Bezirksamt nach §19 BezVG zu verpflichten, kein Parkpatrouillen-Abkommen zur Vertreibung von Obdachlosen mit Ein-Euro-Jobber_innen durch Nutzmüll e.V. oder einen anderen Beschäftigungsträger zu schließen bzw. dieses rückgängig zu machen.**

Petition:

Die Hauptausschuss wird um Zustimmung gebeten.